



Schmutziges Geschäft
Kobaltabbau im Kongo
ist oft Kinderarbeit.
Ein großer Abnehmer
des Rohstoffs: China



Gute Mine, böses Spiel

Der Wettkampf um Rohstoffe spitzt sich zu. Die USA verschärfen das Ölembargo gegen Iran. China stillt machtvoll seinen Hunger nach **Ressourcen für Zukunftstechnologien**. Und Deutschland? Begnügt sich mit ein paar Krumen. Nun will Berlin mit einer Rohstoffstrategie gegenhalten. Der Plan dürfte scheitern.

TEXT SIMON BOOK, SOPHIE CROCOLL, JÖRN PETRING

B

avor Oliver Wittke es mit China aufnimmt, rückt er sich seine rote Krawatte zurecht, streicht das Sakko gerade und nimmt unter den Porträts von Kanzlerin An-

gela Merkel und Wirtschaftsminister Peter Altmaier Platz, die wie zwei Schutzheilige von der Wand des deutschen Messestandes grüßen. Dann blickt er auf seinen Sprechzettel für die PDAC in Toronto, die größte Rohstoffschau der Welt. „Gespräch mit dem brasilianischen Bergbau- und Minenminister Bento Albuquerque“ steht da. Darunter, dicht gedrängt hinter Spiegelstrichen, die Talking Points.

Wittke überfliegt den Zettel noch einmal, dann steht Albuquerque auch schon vor ihm. Der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium schnell hoch und streckt dem Brasilianer die Hand entgegen: „Welcome! Good to have you here.“ Der Minister nickt etwas verständnislos. Er hat keinen Sprechzettel dabei, dafür eine Dolmetscherin. Und so fährt Wittke fort: Er will eine Kooperation verabreden, Vorkommen für Kobalt erkunden – ein wichtiger Rohstoff für die Batterien von E-Autos, die die deutsche Industrie dringend braucht. Deutschland stehe bereit für das Abbauvorhaben, helfe gern auch bürokratisch, bei der Genehmigung, der Zulassung, der Umweltprüfung: „We have the Bergamit in Germany.“

Der Minister wirkt nicht uninteressiert: „Es wäre schön, ein Projekt mit Deutschland zu haben.“ Wittke reicht dem Brasilianer die Hand: „Dann sehen wir uns im Herbst auf der Rohstoffkonferenz in São Paulo!“ Nach etwa zehn Minuten ist das Treffen beendet und Wittke optimistisch, dass es doch noch etwas wird mit seiner Mission: Die Abhängigkeit der deutschen Industrie von Bodenschätzen verringern, die in China oder Afrika unter unkontrollierbaren Bedingungen gehoben werden. Konzerne und Bürger mit nachhaltigem, fair gewonnenem, frei gehandeltem Material versorgen. Den Nachschub an sauberen Rohstoffen sichern – und damit Wohlstand und gut bezahlte Arbeitsplätze in Deutschland. Darum geht es Wittke.

Ressourcen waren für Europa lange keine Frage von Macht und Sicherheit. Man verstand sich als größter Binnenmarkt der Welt, wählte sich im Geiste einig mit den Vereinigten Staaten, betrachtete China als Entwicklungsland, vor allem als abhängigen Absatzmarkt. Politiker und Konzernmanager gingen folgerichtig von einer Art ewigem

Frieden auf den Weltmärkten aus, von freiem Handel, der weder verteidigt noch gesichert werden müsse (siehe Essay Seite 42).

Washingtons Drohung, bei Sanktionen gegen Ölimporte aus Iran künftig keine Ausnahmen mehr zuzulassen, zeigt einmal mehr, wie naiv diese Vorstellung war. US-Präsident Donald Trump schadet mit seinem Embargo ja nicht nur dem Regime in Teheran – sondern indirekt auch China, das zu den großen Ölkunden des Iran gehört. Sollte Iran nun, wie angekündigt, die Straße von Hormus schließen, könnte das ein Drittel der globalen Ölexporte betreffen. Die Antwort aus Peking dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Der Wettkampf um Rohstoffe spitzt sich dramatisch zu – mit Deutschland als unbeteiligtem Zuschauer?

Wittke ist auch nach Kanada gereist, um das Land unabhängiger von politischer Willkür zu machen. Er will auf der Messe für die neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung werben: sechs Tage, die die Wende bringen sollen im „Wettlauf der Systeme“, von dem sie im Wirtschaftsministerium sprechen: „Andere Länder sichern sich selbstbewusst Rohstoffe, vorneweg China, aber auch die USA“, sagt Wittke: „Dem müssen wir etwas entgegensetzen.“

Omnipräsentes Oligopol

Vor allem für die anstehende Energie- und Verkehrswende benötigt die deutsche Industrie Ressourcen, die sich in China, dem Kongo, Simbabwe oder Peru konzentrieren – in Staaten, in denen es an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität und Sozialstandards mangelt. Mehr als 95 Prozent der weltweiten Produktion Seltener Erden finden einer Studie des Industrieverbands BDI zufolge in der Volksrepublik statt. 85 Prozent des Lithiums, das „fundamentale Puzzlestück für die Elektromobilität“, werden in Chile, Australien und Argentinien abgebaut. 70 Prozent des weltweit gehandelten Kobalts stammen aus dem Kongo, zwei Drittel des Platins aus Südafrika. Als Hightechstandort sei die deutsche Industrie bei metallischen Rohstoffen „zu 100 Prozent auf den Import angewiesen“, schreibt der BDI.

Und die Lage spitzt sich zu: Die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften Acatech geht davon aus, dass sich der weltweite Rohstoffbedarf für 42 Zukunftstechnologien im Jahr 2035 nahezu verdoppelt hat. Allein bei Lithium läge die globale Nachfrage dann viertel so hoch wie die heute gewonnene Menge. Schon jetzt könne China die weltweite Verfügbarkeit von Rohstoffen „erheblich einschränken“. Zumal Peking inzwischen oft nicht mehr nur den Abbau



kontrolliere – sondern zunehmend die gesamte Wertschöpfungskette: „von der Mine zum Magnet bis zum Macbook“.

Die deutsche Antwort darauf: Rohstoffpartnerschaften. Im Gegenzug für einen zinsgünstigen, sogenannten ungebundenen Finanzkredit UFK, den die Staatsbank KfW einem ausländischen Minenprojektierer gewährt, erwartet die Bundesregierung, dass große Teile der Produktion an einen hiesigen Abnehmer gehen. Und knüpft die Einhaltung von OECD-Umwelt- und -Sozialstandards überdies an ihre Geldzusage. Hinzu kommen Hermes-Bürgschaften, Entwicklungshilfe, wissenschaftliche Zusammenarbeit, kulturelle und ideelle Förderungen wie die Ausbildung mongolischer Schweißer oder eine internationale Bergbauschule.

All das ist ordnungspolitisch sauber, grünökologisch korrekt und unbedingt zeit-



Elektrisiert Chinas Industrie besorgt (sich) alles: Rohstoffe, Batterien und E-Autos

geistig. Nur stehen Wittke dafür gerade einmal 100 Millionen Euro zur Verfügung. Gegen Chinas neokoloniale Politik, die 900 Milliarden Dollar schwere Seidenstraßen-Initiative, die Milliardeninvestments und Arbeiterbrigaden in Afrika, wirkt das naiv, fast blauäugig. „Wir können den Wettlauf um Geld gegen China oder die USA nicht gewinnen“, sagt Wittke. „Wollen wir auch gar nicht.“ Der deutsche Ansatz sei nachhaltig, das fänden „immer mehr Länder“ wichtig.

Bislang ist das allenfalls ein Hoffnungswert. Die drei existierenden Partnerschaften mit Kasachstan, der Mongolei und Peru gelten intern als „blutleer“, wie man im Wirtschaftsministerium kleinlaut zugibt. Ob Deutschlands „lose Brieffreundschaft“ mit Chile und Bolivien, von der man spottet, jemals in einen Vertrag mündet? Fraglich. Ob es irgendwann gar zu einer Rohstoffpartnerschaft mit China kommt? Utopisch.

Stattdessen avanciert die Volksrepublik zum All-inclusive-Produzenten: Rund um die Welt sind chinesische Bergbauunternehmen auf Einkaufstour, um sich auch mit Ressourcen einzudecken, die nicht massenhaft im eigenen Boden schlummern. Bei Kobalt etwa, Grundstoff für Smartphones und Batterien, erwarten Experten eine Verdoppelung des globalen Bedarfs bis 2025 auf rund 225 000 Tonnen. Peking hat die Entwicklung früh vorhergesehen. 2008 schloss das Regime mit dem Kongo den bis dahin größten Rohstoffdeal Afrikas ab: Chinas staatliche Import-Export-Bank gewährte den Afrikanern sechs Milliarden Dollar Darlehen. Von diesem Geld baute ein Konsortium chinesischer Firmen mehr als 6000 Kilometer Straßen, Krankenhäuser, Schulen. Als Gegenleistung sicherte sich Peking Abbaurechte. Heute kontrolliert China sieben der zehn größten Kobaltminen des Landes.

Nach dem gleichen Muster läuft es auch beim Öl aus Angola und beim Eisenerz aus Südafrika. Mehr als sieben Milliarden Dollar haben chinesische Bergbauunternehmen allein im vergangenen Jahr in Übernahmen ausländischer Minen gesteckt, vor allem in solche, die Rohstoffe für Batterien liefern.

Auch in Südamerika dreht China auf. Seit der Jahrtausendwende investierte Peking rund 100 Milliarden Dollar auf dem Kontinent. Ging es anfangs nur um Rohstoffquellen, sichern sich die Staatskonzerne inzwischen immer größere Teile der Wertschöpfungskette. Für 5,8 Milliarden Dollar ▶

„Die deutsche Industrie will Rohstoffe nur abnehmen. Die wollen keine Kuh kaufen, sondern nur die Milch“

CARSTEN DREBENSTEDT

Professor für Bergbau und Tagebau an der Bergakademie Freiberg

übernahm Guoxin International ein Drittel der Anteile an Las Bambas in Peru, einem der weltgrößten Kupferproduzenten. Tianqi Lithium Corporation kaufte für gut vier Milliarden ein Viertel des chilenischen Lithiumproduzenten SQM. Hinzu kamen Deals in Ecuador (Kupfer), Chile (Eisenerz) und Peru (Aluminium) zu je einer Milliarde.

Mit seinem entschlossenen Vorgehen hat sich China die Poleposition in Sachen Elektromobilität gesichert. Schon heute werden hier die meisten E-Autos verkauft, gut 1,2 Millionen allein in 2018. Die heimischen Hersteller decken sich mit Stromzellen bei heimischen Batterieherstellern ein, die sich dank Chinas Heimatpolitik auf einen nie versiegenden Nachschub der Schlüsselrohstoffe verlassen können: ein sich selbst befeuernder Kreislauf.

US-Präsident Donald Trump reagiert – mit Unterstützung der Opposition. Eine neue Agentur soll private Investments in Entwicklungsländern erleichtern und unterstützen. Das Ziel: stabile Märkte aufbauen, auf denen amerikanische Unternehmen verlässlich Geschäfte abwickeln. Wie ernst es den USA ist, zeigt schon das Budget: 60 Milliarden Dollar stehen zur Verfügung – mehr als doppelt so viel wie bisher. Der sogenannte BUILD Act passierte beide Kongresskammern mit breiten Mehrheiten, trotz des Haushaltsnotstands.

Und Deutschland? Ein hochrangiger Beamter fasst die Lage so zusammen: „China probiert es interventionistisch. Die USA versuchen eine marktgetriebene Rohstoffpolitik. Deutschland aber will gut sein und die rohstoffreichen Ländern nicht übers Ohr hauen.“ Kann das funktionieren?

Grünökologische Geisterfahrt

In seiner Not muss Staatssekretär Wittke seine Rohstoffstrategie hebeln wie ein kompliziertes Finanzprodukt. Er hetzt jetzt im Convention Centre von Toronto zur Rolltreppe, will Francisco Ismodes nicht warten lassen, den peruanischen Bergbau-Minister. Die Südamerikaner haben eine neue Minenstrategie beschlossen, wollen ihre Abbauorte bis 2030 nachhaltiger, sauberer, umweltfreundlicher, wettbewerbsfähiger führen. Wittke will mitmischen, mit deutschen Umwelt- und Sozialstandards, mit Erfahrung in der Haldensanierung und der Restrukturierung von Bergbaugebieten wuchern. Der Peruaner nickt dem Staatssekretär freundlich zu. Klingt alles gut. Aber sichern die deutschen Standards Arbeitsplätze? Bringen sie ihm Lizenzgebühren ein? Können sie eine Tonne Erz fördern? Wo ist der deutsche Konzern, der in Peru investiert?





Landschaftspflege Bergbau bedeutet immer auch Naturzerstörung – hier auf Madagaskar

Genau daran fehlt es. Und Wittke weiß das. „Man muss sich das vorstellen wie einen Garten“, sinniert er kurz nach dem Treffen: „Wir können das Beet harken und ein wenig Dünger bereitstellen. Die Blumen pflanzen müssen aber die deutschen Firmen.“

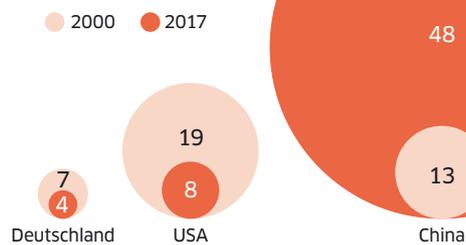
Die Frage ist nur, ob die Industrie überhaupt gärtnern möchte. Im Wirtschaftsministerium ist man derzeit auf der Suche nach Unternehmen, die sich einem Konsortium anschließen würden, das im Ausland Rohstoffe fördert oder in Minen investiert. Doch da könne man „hopsen und springen, wie man will. Dass ein deutsches Unternehmen in die Rohstoffförderung einsteigt, halte ich für ausgeschlossen“, sagt ein leitender Beamter. Weshalb Berlin nun überlegt, schwedische und französische Konzerne in die Kooperation einzubeziehen, um wenigstens auf einen europäischen Förderer bauen zu können. „Die deutsche Industrie hat sich lange auf den Standpunkt gestellt, dass sie sich ihre Rohstoffe am Weltmarkt besorgt“, sagt Wittke. „Was aber, wenn es da mal Probleme gibt mit der Versorgung? Dann sind die Konzerne die Ersten, die hier im Ministerium stehen und Hilfe erwarten.“

Wankelnde Weltmärkte

Immerhin: Autohersteller wie Volkswagen oder BMW werden aktiv. In Wolfsburg hieß es zuletzt, man könne sich vorstellen, künftig Minderheitspartner an Bergbauvorhaben zu werden, um sich den Zugriff auf wichtige Batterierohstoffe zu sichern. In München sieht man sich die Lieferketten von mehr als zehn Ressourcen genau an, will einige der kritischen Batterierohstoffe wie Kobalt künftig selbst einkaufen – und das

PEKING DOMINIERT

Durchschnittlicher Anteil an der Weiterverarbeitung wichtiger Zukunftsrohstoffe (in Prozent)*



* Raffinade von Aluminium, Blei, Kupfer, Nickel, Stahl, Zink, Zinn; **Quelle:** Deutsche Rohstoffagentur DERA

nicht länger Zulieferern überlassen. „Uns geht es vor allem um Aspekte der Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit“, sagt Peter Zisch, der für BMW Rohstoffsicherung betreibt: „Bei einigen Metallen ist der Markt auf die Volumen, die die Autoindustrie künftig benötigt, gar nicht vorbereitet.“ BMW spekuliert daher an den Rohstoffbörsen, tritt in Verhandlungen mit großen Minenkonzernen über langfristige Lieferverträge – und unterhält seit Anfang des Jahres sogar ein kleines Projekt im Kongo, um zu zeigen, dass Kobaltabbau ohne Kinderarbeit möglich ist. „Wir werden deshalb aber nicht selbst zum Minenbetreiber“, sagt Zisch. Denn klar sei auch: Rohstoffe selbst einzukaufen und in die Lieferketten einzusteuern sei „immer die aufwendigste Variante“.

Gut möglich, dass die Industrie damit die Lage unterschätzt. Schließlich hatte es 2010 eine ähnliche Situation gegeben, als Peking Exportquoten für Seltene Erden verhängte und eine Preisrallye auslöste. Eilig gegründeten BASF, Bosch und Thyssenkrupp damals eine Rohstoffallianz; wenig später schlossen sich Wacker Chemie und Volkswagen an. Doch der Wille der Unternehmen, die Nachfrage zu bündeln, um gemeinsam am Markt aufzutreten, schwand so schnell, wie die Preise wieder fielen. 2015 wurde die Allianz aufgelöst. Geblieben ist die Erkenntnis, wie volatil der Weltmarkt ist, wenn der größte Teilnehmer kein Marktwirtschaftler ist, sondern Staatskapitalist – und die Hoffnung auf Ralph Watzel.

Der Mann ist Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, BGR. Ein Typ, so unscheinbar und akkurat wie seine Behörde. Watzel ist so etwas wie Wittkes ausführendes Organ. Von seinem tristen Behördenbau am hannoverschen Stadtrand aus muss er es mit Peking und Washington aufnehmen, den Rohstoffsicherer des Landes geben. Liberalisierung und Globalisierung der Neunzigerjahre, sagt Watzel, hätten dazu geführt, „dass sich die

deutsche Wirtschaft stark aus dem internationalen Bergbau zurückgezogen hat und ihre Rohstoffe ausschließlich vom Weltmarkt bezieht“. Dadurch habe man sich Lieferrisiken „noch stärker ausgesetzt“.

Die Antwort der BGR darauf war die Gründung der Deutschen Rohstoffagentur DERA, die Unternehmen mit Analysen und Prognosen für die Weltmärkte versorgen und die „Markttransparenz“ erhöhen soll. Gleichzeitig ist die BGR vor Ort tief in die Verhandlungen

FOTO: ARGUS/HARTMUT SCHWARZBACH

der Bundesregierung eingebunden, sondiert etwa derzeit Projekte in Angola. Ein „ausgesprochen rohstoffreiches Land“ sei das, frohlockt Watzel: „Allerdings ist die Wasserversorgung unterentwickelt.“ Da wolle man künftig zusammenarbeiten.

Gerade haben Watzels Ingenieure 250 bis 400 Meter unterhalb der Kalahari ein neues Vorkommen entdeckt: „mehrere Tausend Quadratkilometer groß und mit hervorragender Trinkwasserqualität“. Es zu erschließen, die Infrastruktur zu schaffen – „da bieten sich auch Chancen für die deutsche Wirtschaft. Das wäre ein Türöffner für Folgeaufträge auch auf anderen wirtschaftlichen Gebieten“, sagt Watzel. Etwa für die Rohstoffgewinnung. Die Hoffnung – in Hannover ist sie trinkwasserklar.

Wie schnell sie sich eintrüben könnte, zeigt sich ein paar Kilometer weiter stadteinwärts, im Arbeitszimmer von Friedrich-Wilhelm Wellmer. Wellmer hat sein Leben dem Bergbau gewidmet, war für die damalige Metallgesellschaft in Kanada, Australien, Südamerika, später im Bundeswirtschaftsministerium, dann Amtsvorgänger von Watzel als Präsident der BGR. Heute schreibt er Rohstoffstudien für Acatech. „Alle wissen, dass China Hardball spielen kann“, sagt Wellmer. Nur führe das bei keinem der Beteiligten zu der Erkenntnis, dass dringend etwas getan werden müsse.

Er ruft jetzt auf seinem Laptop Grafiken auf, die die rohstoffexportierenden Länder nach ihrem Anteil am Ressourcen-Weltmarkt und ihren politischen Risiken in Klassen einteilen. Eine für Laien etwas schwer verständliche Folie hat es ihm besonders angetan: Würde man die Opec-Staaten als ein Land betrachten und wolle man ihren Anteil an der weltweiten Erdölproduktion verdeutlichen, käme dabei ein enormer „Länderkonzentrationswert“ von 2093 heraus. Betrachtete man Chinas Anteil an der Förderung Seltener Erden, liegt dieser sogenannte HHI-Wert bei 7336. Die Welt, so lässt sich Wellmers Folie übersetzen, ist in Sachen Seltene Erden mehr als dreimal so abhängig von China wie in Sachen Öl von der Opec.

Dieser Übermacht eine Rohstoffstrategie entgegenzusetzen, die vor allem auf höhere Umwelt- und Sozialstandards pocht, hält Wellmer für „blauäugig“. Die deutschen Preise seien „von vornherein höher. Wir müssen aber das bessere Angebot machen: einen sicheren Markt, sicheres Geld und absolute Vertragstreue.“ Nur das zähle in vielen Regionen der Welt. Wellmer fordert deshalb eine deutsche Gesellschaft, die sich um Rohstoffsicherung kümmert. „Und wenn die Industrie das nicht selbst schafft, muss eben der Bund eine solche Gesellschaft gründen.“ Frankreich habe es vorgemacht, mit Eramet einst den weltweit größten Nickelproduzen-

ten geschaffen. Ansonsten „sind wir alle bald vollkommen abhängig von China“.

Er, Wellmer, sorge sich sehr.

Ideenlose Industrie

Und nicht nur er. Landauf, landab kritisieren Wissenschaftler die hasenfüßige Politik der Bundesregierung – aber auch die Zögerlichkeit der Unternehmen. Carsten Drebenstedt etwa, der an der Bergakademie in Freiberg die Professur für Bergbau und Tagebau innehat und in schwarzer Bergmannsjacke mit Knopfreihe und gekreuztem goldfarbenem Hammer und Eisen auf der Schulter empfängt.

Die Idee der Rohstoffpartnerschaften? „Hat bisher nicht funktioniert“, sagt Drebenstedt. Deutschland und seine sogenannten Partner seien zielsicher „aneinander vorbeigegangen“. Die Bundesregierung liefere „Aktionen, aber kein Konzept“. Das liegt, so sieht es Drebenstedt, vor allem an Interessen, die sich nicht vereinbaren lassen. Die rohstoffexportierenden Länder seien auf der Suche nach Investoren: Unternehmen, an die man Lizenzen vergibt, damit sie Lagerstätten erschließen. Siemens, Bosch oder Thyssenkrupp dagegen wollten Projektpläne und Maschinen verkaufen – und Rohstoffe nur abnehmen: „Die wollten keine Kuh kaufen, sondern nur die Milch.“ Die Lösung? Deutsche Unternehmen müssten sich „rückintegrieren“ und die Beschaffung der Ressourcen wieder selbst in die Hand nehmen.

Matthias Wachter will davon nichts wissen. Die große Stärke der deutschen Industrie, sagt er, der beim BDI die Abteilung Sicherheit und Rohstoffe leitet, sei ja gerade ihre hochgradige Spezialisierung. Das Mittel der Wahl sei deshalb nicht Reintegration, sondern seien langfristige Partnerschaften und Lieferverträge. „Die Rohstoffversorgung liegt zuallererst in der Verantwortung der Unternehmen“, sagt Wachter. Konzerne müssten ihre Bezugsquellen diversifizieren. Die Bundesregierung könne sie dabei am besten unterstützen, wenn sie bereits bestehende Förderungsinstrumente weiterentwickle, beispielsweise nicht mehr nur Kredite für Rohstoffvorhaben absichere, sondern auch bereits Machbarkeitsstudien und gemeinsame Erkundungen in Bergbauregionen. Und so wird das Problem munter hin- und hergewälzt – und darüber vergessen, dass es durchaus Chancen für einen sauberen Bergbau in Europa gäbe.

Eines der interessanteren Projekte hat seinen Sitz zwischen der OMV-Tankstelle und dem Tanzlokal Fledermaus an einer Ausfallstraße in Wolfsberg, einer Kleinstadt im österreichischen Bundesland Kärnten.



„China und die USA sichern sich Zukunftsrohstoffe. Dem müssen wir etwas entgegensetzen“

OLIVER WITTKÉ (CDU)
Parlamentarischer Staatssekretär
im Wirtschaftsministerium



Zugriff! Mit dem Hochlauf der Elektromobilität geht ein Wettlauf um die kritischen Zukunftsrohstoffe einher

Links erhebt sich die Saualpe, rechts die Korralpe. Dazwischen liegt Stefan Müllers Mission: die erste Lithiummine Mitteleuropas.

Schon 1985 hat die Republik Österreich die Stollen angelegt, um nach Uranerz zu suchen. Vor acht Jahren übernahm Müllers European Lithium. Nun will er die Schächte erweitern, eine vollautomatische Förderung einrichten. Eine Viertelmillion Tonnen Lithiumhydroxid vermutet Müller im Berg. Ein Vorkommen, kleiner als die in Südamerika, aber sauber und nachhaltig abbaubar. Schon Ende 2021 könnte es losgehen, könnten 400 Arbeitsplätze entstehen. Noch wartet Müller allerdings auf die Genehmigung. Gerade erst hat der lokale Wasserverband Strafanzeige wegen Trinkwasserverunreinigung gestellt. Schuld sollen Müllers Probebohrungen sein. Er bestreitet das. Auch die Eigentümer der Grundstücke über der Mine protestieren, vor allem gegen die geplante Zufahrtsstraße und den Lkw-Verkehr. Nun entscheidet ein Schiedsgericht.

Der Fall zeigt das Dilemma der Konzerne: Europas Konsumenten und Regierungen erwarten saubere Autos, Smartphones, Sonnenkollektoren, frei von Kinderarbeit, Um-

weltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen. Gleichzeitig ist und bleibt Bergbau – bei aller möglichen Automatisierung und Auditierung – ein schmutziges Geschäft, ein Eingriff in die Natur und natürlich auch in das Leben der Minenanrainer. Auch deshalb ist es bis heute für kaum einen Dax-Konzern vorstellbar, selbst einzusteigen: Zu groß wäre die Gefahr, sich mit dem Bergbau negative PR einzukaufen.

Blauäugiges Berlin?

Das weiß auch Staatssekretär Wittke. Doch für den Moment hat er andere Sorgen: Auf dem deutschen Messestand in Toronto ist die adäquate Bierversorgung in Gefahr. Wittke hat eine kleine Rede vorbereitet, will die Reise loben, die Industrie ermuntern. Nur leider, schickt er vorweg, habe die Botschaft in ganz Toronto nur kanadisches Bier auftreiben können. Daran müsse man noch arbeiten. Ansonsten ist Wittke zufrieden mit sich und dem deutschen Auftritt auf der Messe. „Wir sind hier, um Werbung für unsere Unternehmen zu machen“, ruft er: „Kommen Sie und überzeugen Sie sich von der Stärke des deutschen Bergbaus.“

Vor allem das kürzlich unterschriebene Projekt in Bolivien lässt den Staatssekretär hoffen. Der südschwäbische Energiemittelständler ACI will mit dem bolivianischen Staatskonzern Yacimientos de Lito in einem Joint Venture 70 Jahre lang Lithium in den Anden fördern, einen Salzsee in 4000 Meter Höhe ausbeuten, wo bis zu zehn Millionen Tonnen lagern könnten, das weltweit größte bekannte Vorkommen. Die schwierige Fördertechnik muss zwar noch erprobt werden. Doch für Wittke zählt die Symbolik: Bolivien hätte ja auch China oder Russland als Partner nehmen können. Deutschland habe sich da durchgesetzt – auch wegen seiner Sozial- und Umweltstandards, die Berlin garantiert habe: „Das Modell kann ein Exportschlagwerder“, ist er überzeugt.

In der Branche glaubt man das weniger. Die Förderung soll technisch anspruchsvoll sein, die Südamerikaner gelten als eher unzuverlässige Partner: Chinesen, Russen, Iraner und Koreaner haben vergeblich versucht, eine Einigung zu finden. Den Deutschen ist es nun gelungen. Weil die Bundesrepublik besser ist als all die anderen? Oder blauäugiger? Vielleicht ist das die eigentliche Frage. ■